



# Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Teltow  
Amtliche Zeitung des preussischen Landkreises Teltow

Das Teltower Kreisblatt erscheint wöchentlich. Bezugspreis monatlich RM. 1,60; durch Boten ins Haus gebracht RM. 1,85; durch die Post zugestellt RM. 1,98. — Bestellungen nehmen an alle Postämtern, Briefträger und unsere Nebenstellen im Kreise Teltow. — Anzeigen lt. auflegender Preisliste 17. — Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Lühöfstr. 87. — Fernruf: B 2 Lühöf 0671. Zahlungen: Postcheckkonto Berlin Nr. 249 19. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2887 bei der Sparkasse des Kreises Teltow - G., Berlin W 35. — Gerichts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

## Kabinett Caval im Entscheidungstampf

### Die französischen Linksparteien über die republikfeindlichen Verbände

#### Eine stürmische Aussprache

Der große innenpolitische Kampf der französischen Parteien um die republikfeindlichen Verbände kommt jetzt in der Kammer zum Austrag. Es ist eine Machtprobe der Linken und die heißeste Frage für die Regierung Caval. Das Ergebnis der Kammeraussprache birgt die Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts. In den zahlreichen Anträgen der Linken und Rechten spielen die blutigen Zusammenstöße zwischen Feuerkreuzern und Marzisten in Limoges eine besondere Rolle. Die entscheidungsreiche Aussprache wird erst am Freitag zu Ende geführt werden. Ministerpräsident Caval hat die Absicht, erst gegen Schluß der Aussprache das Wort zu ergreifen.

Wie verlautet, hat der Vorsitzende der Radikalfazialen Partei, Staatsminister Ferriot, den Abgeordneten seiner Gruppe die Abstimmung freigegeben. Von Seiten der Linken wird betont, daß wahrheitsgemäß entscheidend die letzte Stellungnahme des Ministerpräsidenten sein werde. In den gemäßigteren Kreisen der Radikalfazialen ist man geneigt, sich damit zufriedenzugeben, wenn Caval sich die Schlussfolgerungen des gemäßigteren Chauvin, die nicht auf eine Auflösung der Verbände, sondern nur auf ihre Entwaffnung und strengste Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung hinstellen, zu eigen machen würde.

Der kommunistische Abgeordnete Kamette brachte verschiedene Schriftstücke und Zeitungsausschnitte vor, die die Gefährlichkeit der Feuerkreuzer und der übrigen „faschistischen Verbände“ und die „sträfliche Duldsamkeit“ der Regierung beweisen sollten. Vor allem aber müsse, so sagte er, gegen den Obersten de la Rocque vorgegangen werden. Der Redner warf der Regierung vor, mit den Bünden gemeinsame Sache zu machen. Er

behauptete, daß die Mehrheit des französischen Volkes hinter der Volksfront kämpfe, und sprach sich offen für die Beseitigung des Kabinetts Caval aus.

Der radikalsozialistische Abgeordnete Guernut erklärte u. a., in einem zivilisierten Lande dürfe es nur eine bewaffnete Macht des Staates geben: die Armee und Polizei. Er fragte die Regierung, ob sie die Tätigkeit und die Herausforderungen der militarisierten Verbände weiter zulassen wolle, und verlas dann verschiedene Auszüge aus der „Action Française“ und anderen rechtsstehenden Blättern, die sogar Todesdrohungen gegen linksstehende Politiker, insbesondere gegen Léon Blum, enthielten. Von der Linken wurden Proteste gegen den Justizminister laut, dem vorgeworfen wurde, gegen die verantwortlichen Schriftleiter nichts unternommen zu haben. Es wurden Rufe laut: „Rücktritt Berarda!“ Gestützt auf zahlreiche Unterlagen, behauptete Guernut, daß die Verschwörung der sogenannten Kampfbünde offensichtlich sei. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, gegen sie vorzugehen. Entweder müsse die Regierung ihre Methoden ändern oder man müsse die Regierung wechseln!

#### Vorübergehende Unterbrechung

Die zunächst ruhig verlaufene Kammeraussprache über die sogenannten Bünde nahm am Nachmittag ziemlich stürmischen Charakter an, so daß der Kammerpräsident die Sitzung vorübergehend aufheben mußte.

Der radikalsozialistische Abgeordnete Nucart betonte, daß er im Namen der Abgeordneten der Linken spreche. Er warf der Regierung vor, die Bünde trotz



Weihnachts-Guttscheine für Arbeiter des Handwerks  
In diesem Jahre bringt der Reichsverband des deutschen Handwerks Guttscheine zum Weihnachtsfest heraus, mit denen man Handwerkerarbeiten kaufen kann. Die Vorderseite zeigt die Nachbildung einer Goldschmiederei von Altmann Bismenckmeyer vom Gredlinger Markt. (Scherl-Wilderdienst-W)

wiederholter Herausforderungen ermutigt zu haben. Die Regierung habe Aufforderungen zum Marsch und zu Gewalttaten und Generalproben zum Bürgerkrieg zugelassen. Von der linken Seite des Hauses wurde wiederholt der Rücktritt des Justizministers gefordert. Als Ministerpräsident Caval den Abgeordneten widersprach, gingen die Worte des Ministerpräsidenten im Saal unter, der von der linken Seite des Hauses kam. Die Unruhe dauerte fort, als der Justizminister anschließend seine Haltung verteidigen wollte. Der Kammerpräsident hob schließlich die Sitzung auf.

Nach der Sitzungspause setzte der radikalsozialistische Abgeordnete Nucart seine Kritik an der Haltung der Regierung fort. Er bezeichnete die Verordnung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung als unzureichend.

#### Eine Lügenmeldung der „Baseler Nachrichten“

Die „Baseler Nachrichten“ verbreiten eine üble und höchst gefährliche Lügenmeldung, die angeblich von einem hohen aus Belgien zurückgekehrten Gewerkschaftsmann stammen soll. Danach sollen Beauftragte der deutschen Reichsregierung gegenwärtig mit der jugoslawischen Regierung für den Fall eines britisch-italienischen Krieges bestimmte Abmachungen getroffen haben. Jugoslawien soll, so heißt es in dieser Schwelmbelendung weiter, angeboten worden sein, „seine Gebiete“, vor allem Zliten, zurückzugeben. Der erste Zusammenstoß solle auf österreichischem Boden erfolgen und dem Reich dadurch ein Wortband zum Eingreifen gegeben werden. Ungarn werde sich gegenüber Jugoslawien neutral verhalten. Dies sei in Berlin mit Gömbös abgemacht worden. Deutschland habe sich damit einverstanden erklärt, daß Jugoslawien dann den südlichen Teil von Kärnten, Ungarn das Burgenland erhalten werde.

Von zuständiger Seite der Reichsregierung wird hierzu erklärt, daß alle diese Meldungen und Kombinationen von A bis Z frei erfunden sind und nichts anderes als eine üble politische Brummenvergiftung darstellen, die mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen und verurteilt wird.

## Dr. Hanffstaengls Beleidigungsklage gegen „Daily Express“

Die seit Dezember 1934 schwebende Ehrenbeleidigungsklage des Auslandspressereferats der NSDAP, Dr. Ernst Hanffstaengl gegen den Londoner Express-Zeitungskonzern des Lord Beaverbrook kam am Freitag, dem 29. November, vor dem englischen Gerichtshof zur Verhandlung. Schon der erste Verhandlungstag brachte für Dr. Hanffstaengl und seine Privatsekretärin Frau Agathe Hausberger ein mehrstündiges Kreuzverhör, in dessen Verlauf trotz der Verdächtigungen seitens des gegnerischen Anwalts Sir Patrick Hastings die Stellung des Dr. Hanffstaengl vollständig unerührt blieb.

Eine Reihe unworthgeheurer Wendungen, die die Folge der durchaus sachlichen Einstellung Dr. Hanffstaengls waren, führten bereits am Montag morgen zum Angebot für eine gültige Einigung von Seiten des Gegners. Trotz der ausgesprochen günstigen Prospektlage entschloß sich aber Dr. Hanffstaengl im allgemeinen Interesse zu einem Abbruch des Prozeßverfahrens, nachdem die Gegenseite erstens im offenen Gerichtssaal ihre Beleidigungen zurückgenommen und ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht und zweitens die Übernahme der gesamten Dr. Hanffstaengl erwachsenen Kosten zugesichert hatte.

Es sei hinzugefügt, daß von Dr. Hanffstaengl der Gerichtsweg gegen den „Daily Express“ erst dann beschränkt worden ist, als sämtliche Bemühungen, die Angelegenheit auf friedlichem Wege beizulegen, gescheitert waren. Die Verteidigung des Dr. Hanffstaengl lag in den Händen der berühmten Londoner Anwaltsfirma Kenneth, Brown, Walker und des bekannten King's Council Sergeants Sullivan.

In seinem Schlußwort führte der Hauptanwalt Dr. Hanffstaengls, Kings Council Sergeant Sullivan, aus: Die Art der Bedingungen, die der Kläger dem Beklagten bewilligt habe, verpflichte ihn zu der Feststellung, daß es offensichtlich das einzige Ziel des Klägers gewesen

sei, sich einer Reihe persönlicher Angriffe gegenüber zu rechtfertigen. Das Amt, das Hanffstaengl innehatte, lege ihm eine hohe Verantwortung gegenüber seiner Regierung auf, wobei es für ihn wesentlich sei, den Ruf, daß er höflich und fair mit den Vertretern der Auslandspresse verhandle, aufrechtzuerhalten. Im vorliegenden Falle sei es sein Wunsch, ebenso wie der eindeutige Wunsch seiner Regierung, daß in diesem Verfahren nichts geschehe, was auch nur den Anschein erwecken könnte, als verfolge eine offizielle deutsche Persönlichkeit lediglich aus nachlässigen Gründen eine ausländische Zeitung, zu der sie eigentlich solange wie möglich höfliche Beziehungen zu unterhalten habe.

Sergeant Sullivan brachte dann zum Ausdruck, es sei überflüssig der Wunsch beider Parteien, daß damit alle Bestimmungen und alle wichtige Artikel beendet seien und daß die Beilegung dieses Prozesses unter der sehr großzügigen Bedingung, zu denen sich der Kläger bereitgelassen habe, alle Meinungsverschiedenheiten beseitige. Auf diese Weise sei es dem „Daily Express“ möglich die Beziehungen zu Dr. Hanffstaengl in Berlin wieder aufzunehmen, wobei die Vertreter dieses Hauses von Seiten Hanffstaengls auf das Entgegenkommen rechnen könnten, das der „Daily Express“ entsprechend der Versicherung seines Anwalts auch Hanffstaengl gegenüber an den Tag legen werde.

Der Richter schloß die Verhandlung mit der Feststellung, daß die Art der Beilegung dieses Prozesses beiden Parteien zur Ehre gereiche.

Serneizer hat der „Daily Express“ die Meldung eines amerikanischen Watters über eine angebliche abfällige Äußerung des Auslandspressereferats der NSDAP, Dr. Hanffstaengl, über eine englische Unterwerfung, und zwar in gehässiger Form, wiedergegeben. Durch den Ausgang des Prozesses ist nunmehr klar erwiesen, daß solche Äußerungen von Dr. Hanffstaengl nicht gemacht wurden, sondern daß der „Daily Express“ zumindest das Opfer einer Täuschung geworden war.







# Das Volk steht zusammen!

## Der Tag der nationalen Solidarität wird die geschlossene Front gegen Hunger und Kälte zeigen

### Ein Aufruf des Gauleiters Wilhelm Kube

**Wer sammelt, tut es als Soldat Adolf Hitlers.**

Ein Aufruf des Gauleiters und Oberpräsidenten zum WSW. Gauleiter und Oberpräsident Staatsrat Wilhelm Kube hat zum Tage der nationalen Solidarität folgenden Aufruf erlassen:

**Kurmärter!**

Auch in diesem Jahr soll wie im Jahre 1934 das deutsche Volk zum Tage der nationalen Solidarität aufgerufen werden. Der Führer hat den 7. Dezember hierfür bestimmt.

Wieder gehen nunmehr die Führer der Bewegung und des Staates sowie führende Persönlichkeiten aus dem öffentlichen und kulturellen Leben der Nation auf die Straße, um sich selbst als Sammler in den Diensten des Winterhilfswerks zu stellen. Jeder, der sammelt, tut es als Soldat Adolf Hitlers. Dem Führer dient auch hier unser Einsatz und unsere Opferbereitschaft. Ich erwarte von der gesamten Bevölkerung der Kurmark, daß sie in ehrliefer Dankbarkeit für die großen Taten unseres geliebten Führers den 7. Dezember zu einem vollen Siege für den nationalsozialistischen Staat durch reiche Opferbereitschaft gestaltet. Auch hier sei unsere Losung: Mit Adolf Hitler für die Auferstehung Deutschlands!

**Auch HJ-Führer sammeln am „Tag der nationalen Solidarität“**

Am „Tag der nationalen Solidarität“, am Sonnabend, dem 7. Dezember, beteiligt sich auch die Führerschaft des Bannes 20, und zwar sammeln alle neun Unterbannführer in den Kreisen Jüterbog-Budenwalde, Teltow und Beestow-Storow, sowie die Stammführer und Führer der drei Jungbände. Sämtliche Kapellen und Spielmannszüge, sowie die Spielmannen der HJ, und des Jungvolks stellen sich an diesem Tag wie stets dem WSW zur Verfügung.

### Die drei Gaststättengerichte am Eintopfsonntag.

Der Leiter der Wirtschaftsgruppe Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe teilt seinen Mitgliedern mit, daß für den dritten Eintopfsonntag am 8. Dezember folgende drei Eintopfgerichte für die Gaststätten vorgegeschrieben sind:

1. Weiße Nudeln mit Wurst- oder Speckeinlage,
2. Brühsartoffeln mit Rindfleisch,
3. Gemüsesuppe mit Knödeln.

Die Festlegung dieser Eintopfgerichte gilt allerdings nur für Gaststätten. Den Hausfrauen bleibt die Wahl ihrer Eintopfgerichte selbst überlassen.

**Sammeltätigkeit für's WSW ist Ehrendienst am Volke. Niemand darf sich ihm entziehen, welche Stellung er auch bekleide.**

## Deine Eintopfsonntage



**Jeder zweite Sonntag im Monat.**

### Wann sind Winterhilfsveranstaltungen vergnügungssteuerfrei?

Politischer Gemeinschaftsempfang durch Rundfunk in Gaststätten steuerfrei.

Zu der Frage, inwiefern Veranstaltungen im Rahmen der Winterhilfe von der Vergnügungssteuerfrei zu lassen sind, hat der Reichsfinanzminister in einem Rundschreiben Stellung genommen. Danach sind Veranstaltungen, deren Ertrag ausschließlich und unmittelbar dem Winterhilfswerk zugeführt wird, von der Vergnügungssteuer befreit, sofern keine Tanzbelustigungen damit verbunden sind.

In den beiden vorangegangenen Jahren war die Steuerbefreiung auch für Tanzbelustigungen der Organisation der NSDAP, und der NSV, gewährt worden, und diese Ausdehnung der Steuerbefreiung will der Minister unter bestimmten Voraussetzungen auch für diesen Winter zugesellen, wenn in die betreffenden Veranstaltungen vom Reichsfinanzminister für das WSW, von der NSDAP, von der NSV, oder von Dienststellen der Wehrmacht im Rahmen des Winterhilfswerks durchgeführt werden und wenn der Ertrag ausschließlich und unmittelbar zugute kommt. In den beiden vergangenen Jahren sind die Voraussetzungen festgelegt worden, indem auch für solche Veranstaltungen Steuerfreiheit verlangt wurde, bei denen ein Überschuß nicht erzielt wurde und auch gar nicht erzielt werden konnte. Deshalb soll in diesem Winter für diejenigen Veranstaltungen, die nicht von Reichsfinanzminister selbst durchgeführt werden, eine besondere Genehmigung erforderlich sein, die nur dann erteilt wird, wenn nach dem Voranschlag ein bestimmter Teil der Höheinnahme dem WSW zusteht.

Weiterhin hat der Finanzminister in diesem Erlaß Bestimmungen über die Steuerbegünstigung von staatspolitisch wertvollen Filmen und von Rundfunkempfängern getroffen. Über die Filme wird bestimmt, daß die Steuererleichterung auch nachträglich festgesetzt werden kann, wenn nämlich dem Film das Prädikat „staatspolitisch wertvoll“ erst nachträglich erteilt wird. Bei den Rundfunkempfangsanlagen handelt es sich um die Empfangsapparate in Gastwirtschaften. Die Bereitwilligkeit von Gastwirten, bei großen öffentlichen Rundgebungen den Volksgenossen die Möglichkeit zum Anhören der Übertragung zu bieten, gibt noch keinen Anlaß zur Steuerfreiheit, wohl aber erklärt der Minister eine Erleichterung für angemessen. Für solche Tage, an denen die Anlagen regelmäßig überhaupt nicht benutzt werden oder an denen sie bei großen politischen Rundgebungen zum Gemeinschaftsempfang zur Verfügung gestellt werden, wird keine Steuer erhoben.

Braunschweig. In der allernächsten Umgebung Braunschweigs, im Mascheroder Holz, wird im Laufe der nächsten Monate eine Weispießfeldlung erbaut, die nach den Richtlinien des Reichsheimstättenamtes der NSDAP, und der Deutschen Arbeitsfront errichtet wird. Das Gemeinschaftshaus dieser Weispießfeldlung wird im kommenden Jahr die Reichsfeierausstellung aufnehmen.

(Weltbild-M)



Jeder Groschen hilft die Not lindern. (Senneca.)

Das Winterhilfswerk für die Bedürftigen und Armen ist weit mehr als eine großzügige Hilfsaktion. Sie ist Tat geworden. Sozialismus ist wahrhafter Ausdruck der Volksgemeinschaft und des Zusammengehörigkeitsgefühls. „Einer für alle, alle für einen“, das ist das Leitwort für den großen deutschen Kampf gegen Hunger und Kälte. Alle, die haben und keine Not kennen, sollen eintreten für die, denen es fehlt.

Wenn der Haß der jüdisch-internationalen Boykottbeher gegen Deutschland ein fanatischer ist, dann muß die Liebe eines jeden einzelnen zu seinem Volk noch zehntausendmal stärker sein.

Adolf Hitler.

Ein Tag aber soll in diesem Kampf deutlich das Zusammenstehen des ganzen Volkes bezeugen. Es gibt keine Standesunterschiede, keine Klassenvorzüge, wenn es gilt, für die notleidenden Volksgenossen einzutreten. Da gibt es nur ein Volk, das einander hilft. Ob arm, ob reich, ob Minister, ob Angestellter oder Arbeiter, sie alle stehen Schulter an Schulter in der großen Abwehrfront gegen Hunger und Kälte.

Der „Tag der nationalen Solidarität“, der 7. Dezember, wird das einige deutsche Volk im Dienste der Winterhilfe finden. Führende Persönlichkeiten von Staat, Partei, Wirtschaft, Kunst, Wissenschaft, Sport und Presse werden am Sonnabend mit der Sammelbüchse herumgehen, um Munition für den großen Winterhilfskampf zu sammeln.

Der Erfolg der Sammlung ist sicher. 35 Millionen Groschen kamen im Vorjahr in wenigen Stunden zusammen, davon brachte die Reichshauptstadt 300 000 Mark auf und Ministerpräsident Göring allein 76 000 Mark. Wir waren stolz auf dieses Ergebnis, denn es bewies den Bedürftigen, daß hinter ihnen die Nation steht, die sie nie verlassen wird.

Der erste „Tag der nationalen Solidarität“ im Vorjahr soll uns Vorbild und Mahnung für den 7. Dezember sein. Nur das Volk ist stark und beständig, das sich geschlossen zeigt im Kampf gegen die Not!



Dr. Goebels mit Familie in der Weihnachtsausstellung. Ein hübscher Schnappschuß von dem Besuch des Reichsministers Dr. Goebels mit seiner Familie in der Weihnachtsausstellung am Kaiserdamm in Berlin. Freudestrahlend bestaunen die Kleinen die ausgestellt wunderbaren Dinge.





